

Resolution**Demografischen Wandel berücksichtigen – Hochwertige Bildung garantieren – Gute Arbeit sicherstellen!****Ergänzungsantrag zur Schulentwicklungsplanung für die Sitzung des Kreistages am 18. Dezember 2014**

Bildung ist eine wichtige Grundvoraussetzung für die Verwirklichung eines selbstbestimmten Lebens sowie für eine lebendige und solidarische Gesellschaft, in der die Menschen mit gegenseitigem Respekt und Solidarität am öffentlichen Leben teilhaben und sich kreativ und kritisch einmischen können. Bildung öffnet Türen für die persönliche Entwicklung und im Berufsleben. Beide Faktoren müssen gleichwertig betrachtet werden. Im ländlichen Raum ist es zudem wichtig, dass das Stadt-Land-Gefälle nicht zu groß ist und dass der Bildungszugang unabhängig von der sozialen Herkunft leicht möglich ist. Ziel jeder Schulgesetzgebung muss es daher sein, die notwendigen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass allen Schülerinnen und Schülern unabhängig von ihrem Wohnort den ihrer Begabung entsprechend höchstmöglichen Bildungsabschluss zu ermöglichen und dabei aktiv die Kinder und Jugendlichen aus den Familien zu fördern, die von sozialer Ausgrenzung bedroht oder betroffen sind, da seit Jahren unter den Folgen von Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und Auflösung lebensstandardsichernder Arbeitsverhältnisse leiden.

Eine große Herausforderung für die Schulen ist die angemessene Reaktion auf den gesellschaftlichen Wandel. Die Formen des familiären Zusammenlebens sind vielfältiger geworden. Die modernen Kommunikationstechnologien beeinflussen das Leben der Kinder und Jugendlichen im erheblichen Umfang und verändern die Art und Weise, wie sie die gesellschaftlichen Institutionen sehen und darin ihren Platz finden. Außerdem stehen viele Familien nach Jahrzehnten der neoliberalen Umverteilung unter großem Druck: Oftmals verfügen sie über zu wenig Geld und hinzu kommt häufig – und das unabhängig von ihrer Einkommenssituation – ein großer berufsbedingter Stress, so dass Aufgaben, die früher selbstverständlich von Eltern oder anderen Familienangehörigen erledigt wurden, heute auf die Schulen zurückfallen. Das gilt beispielsweise für die Hausaufgabenbetreuung, regelmäßiges gesundes und warmes Mittagessen oder den Übergang in die berufliche Ausbildung.

Eine weitere wichtige Aufgabe ist die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Beeinträchtigungen. Diese Inklusion droht aber an unzureichenden finanziellen Mitteln zu scheitern. Dazu gehören vor allem zu volle Klassen und fehlendes pädagogisches Fachpersonal. Lehrerinnen und Lehrer leiden bei der Umsetzung ihrer Lehrpläne unter großem Stress und Eltern lehnen sie aus Angst davor ab, dass ihre Kinder benachteiligt werden könnten. Da im dreigliedrigen Schulsystem die individuellen Bildungschancen wesentlich vom sozialen Status und Einkommen der Eltern abhängen, muss jetzt die Chance einer Schulgesetznovelle genutzt werden, um das verkrustete gegliederte Schulsystem durch eine Schule für alle zu ersetzen und bei Schulneugründungen die Integrierte Gesamtschule zur bevorzugten Regelschule zu machen.

Deswegen fordert der Kreistag Aurich den Niedersächsischen Landtag und die Niedersächsische Landesregierung auf, bei der Neufassung des Schulgesetzes folgende Eckpunkte zu beachten:

1. Der Kreistag Aurich anerkennt die Anstrengungen der Niedersächsischen Landesregierung, mit der Novellierung des Schulgesetzes neue Weichen zu stellen und die bildungspolitischen Altlasten zu beseitigen. Dennoch sind sie insgesamt immer noch unzureichend, um das Bildungsangebot ganzheitlicher aufzufassen und an die geänderten Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen anpassen zu können. Dazu gehört vor allem eine drastische Reduzierung der Klassengrößen, eine verbesserte förderpädagogische Weiterbildung sowie eine verbesserte Versorgung mit Schulpsychologen und Sozialarbeitern.
2. Es muss deswegen allen Beteiligten klar sein, dass Bildung auch unter dem Sparzwang der so genannten Schuldenbremse nicht für Einsparungen genutzt werden darf. Auch wenn aufgrund

Resolution

Demografischen Wandel berücksichtigen – Hochwertige Bildung garantieren – Gute Arbeit sicherstellen!

Ergänzungsantrag zur Schulentwicklungsplanung für die Sitzung des Kreistages am 18. Dezember 2014

des demografischen Wandels die Einschulungszahlen zurückgehen werden, muss jeder Cent im System verbleiben, um eine hochwertige wie flächendeckende Bildung sicherzustellen.

3. Das Land Niedersachsen stockt die Mittel für die Inklusion erheblich auf, um die Kommunen zu entlasten und eine qualitativ hochwertige Förderung beeinträchtigter Schüler zu gewährleisten. Erste Schritte müssen dabei sein, eine 75%ige Doppelbesetzung der Klassen an den grund- und weiterführenden Schulen mit Förderschullehrerinnen und –lehrern sicherzustellen, Klassenstärken von bis zu höchstens 18 Schülerinnen und Schülern bei inklusiven Angeboten zu gewährleisten, Offenheit und Durchlässigkeit für die Schülerinnen und Schülern an allen Schulformen zu garantieren und alle Personalkosten zu übernehmen.
4. Das Land Niedersachsen bekennt sich zur Integrierten Gesamtschule und baut zügig die administrativen Hürden ab, die Neugründungen auch von kleineren Gesamtschulen hemmen. Dabei ist sicherzustellen, dass die Versorgung mit Lehrkräften eine gebundene Gesamtschule mit einer regulären Nachmittagsbeschulung zulässt.

Aurich, den 12. Dezember 2014

Blausa Seelzeu

für

DIE LINKE. im Kreistag Aurich